GLOBAL 12.02.2026 | Humberto Costa

Ab in den Süden

Europa droht zwischen Großmächten zerrieben zu werden – doch es gibt eine strategische Alternative.

Vor dem Hintergrund wachsender Spannungen in der internationalen Ordnung ist die Verteidigung des Multilateralismus entscheidend für die Wahrung der Souveränität der Staaten und einer regelbasierten globalen Ordnung. Für den globalen Süden wie für Europa ist diese Agenda von strategischem Interesse – besonders angesichts der Erosion gemeinsamer Normen, der Zunahme einseitiger Maßnahmen und des verstärkten Einsatzes wirtschaftlicher und militärischer Macht als Druckmittel. Die Sicherung des Multilateralismus erfordert jedoch mehr als seinen bloßen Erhalt: Seine Wirksamkeit und Legitimität hängen von tiefgreifenden Reformen ab, die ihn repräsentativer, funktionaler und an die Realität eines multipolaren internationalen Systems angepasst machen.

Die nach dem Krieg geschaffenen multilateralen Institutionen stoßen heute an strukturelle Grenzen, wenn es darum geht, bewaffnete Konflikte, Handelsstreitigkeiten und globale Krisen in einer multipolaren Welt zu bewältigen. Die Unfähigkeit des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UN), Friedensverhandlungen in laufenden Konflikten vorzuschlagen, und die Lähmung der Welthandelsorganisation (WTO) angesichts einseitiger Zollstreitigkeiten sind kein Ausdruck der Irrelevanz des Multilateralismus, sondern seiner politisch-institutionellen Verzerrung. Die Krise des Multilateralismus hinterlässt eine Lücke, wo bisher die Regeln des Völkerrechts galten, und wirkt sich direkt auf die Souveränität der Staaten aus, indem sie das internationale System wieder zu einem Raum offener Auseinandersetzungen um Territorien, strategische Ressourcen und Logistikrouten macht – von Lateinamerika, wie im Fall Venezuelas, bis nach Europa, wie im Fall Grönlands.

Die Erweiterung und Neugewichtung des Sicherheitsrats – mit einer stärkeren Beteiligung von Ländern wie Brasilien,

Die europäische Agenda für die Zusammenarbeit mit Ländern des Globalen Südens, wie Brasilien, muss drei zentrale Achsen umfassen. Erstens die Reform des aus dem 20. Jahrhundert stammenden Multilateralismus, dessen Institutionen nicht mehr die Realität

Indien oder Südafrika – ist unerlässlich, um die aktuelle Geopolitik widerzuspiegeln.

eines multipolaren internationalen Systems widerspiegeln. Zweitens die Ausweitung und Diversifizierung strategischer Partnerschaften, die in der Lage sind, Schwachstellen zu reduzieren und die wirtschaftliche und politische Autonomie zu stärken. Drittens die Stärkung transnationaler Formen der Zusammenarbeit, die über die rein zwischenstaatlichen Beziehungen hinausgehen, vor dem Hintergrund einer zunehmenden innenpolitischen Polarisierung in den Staaten.

Was den ersten Schwerpunkt betrifft, so steht der Vorschlag zur Schaffung eines Friedensrats, den der Präsident der Vereinigten Staaten Anfang 2026 vorgelegt hat, im Zusammenhang mit der offensichtlichen Ineffizienz des UN-Sicherheitsrats. Diese Initiative entspricht jedoch nicht dem Multilateralismus, für den Europa und der Globale Süden eintreten. Im Gegenteil, es handelt sich um eine einseitige Antwort auf die multilaterale Krise: Eine von Washington konzipierte und kontrollierte Vereinbarung, die keinen Raum für Änderungen oder eine wirksame kollektive Beratung lässt. In der Praxis funktioniert sie wie ein Beitrittsvertrag, der strategische Entscheidungen in den Vereinigten Staaten konzentriert. Unser Ziel sollte daher nicht darin bestehen, die UNO durch Ad-hoc-Mechanismen zu ersetzen, sondern sie zu reformieren. Die Erweiterung und Neugewichtung des Sicherheitsrats – mit einer stärkeren Beteiligung von Ländern wie Brasilien, Indien oder Südafrika – ist unerlässlich, um die aktuelle Geopolitik widerzuspiegeln.

Was die Erweiterung und Diversifizierung strategischer Partnerschaften betrifft, so hat beispielsweise das Abkommen zwischen dem Mercosur und der Europäischen Union eine Bedeutung, die weit über die Handelsliberalisierung hinausgeht. Vor dem Hintergrund einer Fragmentierung der internationalen Wirtschaft ist das Abkommen ein Bekenntnis zur Integration zwischen Regionen, die sich zu gemeinsamen Regeln, Vorhersehbarkeit und institutioneller Zusammenarbeit verpflichtet haben. Durch die Verknüpfung von Märkten, Produktionsketten und komplementären technologischen Kapazitäten entsteht ein Wirtschaftsraum von globaler Dimension, der Investitionen, Innovationen und hochwertige Arbeitsplätze fördern kann. Die Mercosur-Länder vereinen eine industrielle Basis, strategische Ressourcen und expandierende Märkte, während die Europäische Union technologische Dichte, regulatorische Erfahrung und Koordination in Ketten mit hoher Wertschöpfung einbringt.

In diesem Zusammenhang erweist sich die Zusammenarbeit im Bereich

kritischer Rohstoffe und Seltener Erden als strategisch besonders wichtig. Europäische Investitionen, die auf Technologietransfer, lokale Wertschöpfung und den Aufbau von Produktionsketten in Brasilien unter hohen ökologischen und sozialen Standards ausgerichtet sind, können das Profil der Investitionen im Mercosur verbessern und gleichzeitig die strategische Autonomie Europas bei den für die Energie- und die digitale Wende wesentlichen Rohstoffen stärken.

Die Präsenz des größten deutschen Industriezentrums außerhalb Deutschlands in São Paulo verdeutlicht die bereits bestehende Grundlage für diese Integration. Angesichts der Einführung einseitiger Zollmaßnahmen durch die Vereinigten Staaten ab 2025 bietet die Vertiefung der biregionalen Zusammenarbeit zudem einen Weg zu strategischem Gleichgewicht in einem von Handelsstreitigkeiten geprägten Umfeld.

Europa und der Globale Süden verfügen gemeinsam über die notwendigen Ressourcen, um eine regelbasierte internationale Ordnung aufrechtzuerhalten.

Schließlich erfordert die dritte Achse, über zwischenstaatliche Beziehungen hinauszugehen. Staaten sind keine monolithischen Blöcke: Sie sind geprägt von internen Streitigkeiten und Regierungswechseln – und die innenpolitischen Dynamiken haben direkte Auswirkungen auf die internationale Politik. Daher darf sich die Zusammenarbeit nicht auf Regierungen beschränken. Es ist von grundlegender Bedeutung, transnationale Netzwerke zwischen politischen Parteien, sozialen Bewegungen, Universitäten, Stiftungen und Organisationen der Zivilgesellschaft zu stärken. Die extreme Rechte agiert auf dieser internationalisierten Ebene bereits in hochgradig koordinierter Weise. Die Kräfte, die sich für die Demokratie einsetzen, müssen dasselbe tun.

Europa und der Globale Süden verfügen gemeinsam über die notwendigen Ressourcen, um eine regelbasierte internationale Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Europäische Union bringt normative Stärke und institutionelle Kapazitäten ein, der Globale Süden politische, demografische und wirtschaftliche Legitimität. In einer Welt, in der wirtschaftliche und militärische Macht zunehmend als politisches Instrument eingesetzt werden, ist diese Konvergenz nicht nur wünschenswert, sondern strategisch notwendig.



Humberto Costa
Brasília

Humberto Costa ist internationaler Sekretär der brasilianischen Arbeiterpartei (PT). Seit 2011 sitzt er für den Bundesstaat Pernambuco im brasilianischen Senat, zuvor war er unter anderem Gesundheitsminister der ersten Regierung von Lula.

-